

Roberto Bergalli and Colin Sumner, eds., Social Control and Political Order. European Perspectives at the End of the Century. London (Sage) 1997, 180 S., £ 13.95

Eine Kriminologie, die sich auf *soziale Kontrolle* bezieht, erntet leicht ein Gähnen oder reizt zum Spott; denn dies sei ein „Mickey-Mouse-Konzept“, das überall auftauche und sich beliebig einsetzen lasse. Auf der anderen Seite hat das Konzept *soziale Kontrolle* stets dazu getaugt, die kriminologische Fixierung auf das Strafrecht und dessen Instanzen aufzulockern. Juristen fühlten sich durch solche Analysen nicht verprellt, so daß „Kontrolle“ zum Transferbegriff für soziologisches Denken in die eigentlichen Kontrolldisziplinen (Strafrechtsdogmatik, Polizeiwissenschaft, Sozialarbeit, Psychiatrie usw.) aufrücken konnte. Das Buch diskutiert die Nachteile und Vorteile des Kontrollkonzepts, die neuen Entwicklungen der Kontrollpolitik und die heranzuziehenden Theorien.

Seinen Anfang nahm das frisch und lebendig geschriebene Buch offenbar auf einer Konferenz in Barcelona, wo die Autoren vor einem Publikum untereinander diskutierten. Bei aller Unterschiedlichkeit der Positionen blieb dieser kommunikative Zug erhalten; lesend verfolgt man das Auf und Ab. Alle Autoren befinden sich in ihren mittleren Jahren, sind ebenso altgediente wie renommierte Kriminologen der Kritischen Schule.

Bemerkenswert: der Internationalismus, der die Biographien und Sichtweisen der meisten Autoren prägt. Innereuropäisch und interkontinental (keineswegs bloß in Richtung Nordamerika) werden hier pausenlos Grenzen überschritten. Eine „eigene“ Gesellschaft, gar eine nationale Soziologie, existiert nicht mehr. Das Ende des Kalten Krieges – hier öfter als „Fall der Berliner Mauer“ bezeichnet – hat dazu das Seine beigetragen. Zu Recht bemühen sich die Autoren, gegenüber der Hoffnung auf eine Neue Weltordnung die soziologische Normalhaltung von Nüchternheit und Skepsis zu bewahren. Melossi nennt die Fragen der Staatsangehörigkeit und der Einwanderung den Lackmustest für soziale Kontrolle im Europa der späten neunziger Jahre – den Test auf das Vorhandensein und den Charakter einer europäischen Identität (S. 70).

Zunächst untersucht Colin Sumner die Dogmengeschichte, also Begriff, Theorie und Verwendung des Konzepts „soziale Kontrolle“ (s. K.). Welche Wertent-

scheidungen stehen jeweils dahinter? Das ist bislang nie so ausführlich diskutiert worden. Ursprünglich (E. A. Ross, R. E. Park) war das Konzept nicht Ausdruck konservativer Strömungen, was sich auch daran erkennen läßt, daß Sozialisten und Liberale sich darauf bezogen. Gegen institutionellen Zwang und die brutale Auslese durch den Markt war man sensibel; das Soziale der s. K. bezog sich noch auf Zustimmung und Zusammenarbeit. Seit etwa 1930 verengte sich das Konzept auf die Vorgänge, mittels deren Konformität hergestellt wird, also auf Sozialisation und Repression.

Nach Sumner war s. K. niemals ein revolutionäres Konzept, hatte vielmehr seinen Platz in einer reformistischen Gesellschaftspolitik. Es gehört in den USA wie in Europa zur Epoche zwischen etwa 1880 und 1980, verbunden mit dem Zeitalter des Wohlfahrtsstaats und der Sozialdemokratie. Zur Lösung fortdauernder Probleme wie Entfremdung, Ausbeutung, Marginalisierung und Gewalt hingegen vermöge es nichts beizutragen. Ja, das Konzept gehöre zum Herrschaftsprozess; es konstruiert Hegemonie und bleibt unempfindlich gegen Ungleichheit (S. 7).

Läßt sich soetwas erneuern oder transformieren, so daß es für das 21. Jhd. brauchbar würde? Sumner bleibt skeptisch. Mir will scheinen, hier köpft er den Boten für die böse Botschaft. Der wahre Kämpfer gegen „das gleichermaßen ethnozentrische, imperialistische und ideologische Konzept der sozialen Abweichung“ (S. 9) scheut keine Kosten.

Mit ganz vergleichbaren Argumenten ist Sumner bereits gegen das Konzept der Abweichung zu Felde gezogen (vgl. KrimJ 23, 1991, S. 242 – 271): Fundamentale soziale Strukturen würden vernachlässigt, ebenso die moralischen Wurzeln des modernen Strafrechts; das Konzept habe gefährliche Konsequenzen. „Abweichung“ sei zu eliminieren und durch „Soziale Zensuren“ zu ersetzen. Wer sich in seiner Organisation nicht durchsetzen kann, tritt aus und gründet eine neue: *exit*, nachdem *oïce* nicht erhört wurde und *loyalty* nicht in Frage kommt. Sumner will die Soziologieschule von Devianz und Kontrolle umkrepeln.

Die Mitautoren folgen ihm darin nicht. Roberto Bergalli räumt zwar ein, die sozialwissenschaftliche Diskussion in lateinischen Ländern hänge sehr von Importen aus den USA ab; Hegemonie und Dependenz seien verantwortlich dafür (S. 34). Doch dann nimmt Bergalli das Konzept s. K. ernst und wendet es auf einzelne Länder an. Er zeigt für verschiedene lateinamerikanische Staaten, für Spanien und einzelne von dessen Regionen auf, wie die jeweilige Kontrollpolitik aussieht.

Dario Melossi entwickelt ein Konzept der s. K., das weder im engeren Sinne kriminologisch noch pragmatisch-projektbezogen sein möchte; vielmehr sei sein Konzept theoretisch, angelehnt an G. H. Mead (S. 53). Gemeint ist damit eine Absage an einen funktionalistisch-normbezogenen Ansatz sowie ein Bekenntnis zum Interaktionismus. Melossi untermauert seine Position mit einer weiteren dogmengeschichtlichen Rekonstruktion, wiederum für die USA, aber anders akzentuierend als Sumner (S. 58 – 62).

S. K. erstreckt sich auch – hier erweitert Melossi den Begriff interessanterweise (mit der Tendenz, ihn mit Sozialstruktur in eins zu setzen) – auf die *Bedeutungen*: die von den Medien propagierten Lebensstile schaffen eine „virtuelle Realität“, welche soziales Leben wirkungsvoll organisiert (S. 61). Ich befürchte allerdings, hiermit könnte das Konzept genau jene Kontur verlieren, die es (kriminal-)soziologisch so dringend benötigt. Melossi stellt daher die offiziöse s. K. (welche die Kriminologen meinen) der s. K. im weiteren Sinne gegenüber (S. 67).

Nur einer der Autoren reflektiert die Wendungen seines Denkens seit den siebziger Jahren: Massimo Pavarini. Er hat sich nie vor Denkalternativen stehen oder scharfe Wendungen vollziehen gesehen, seit er sich der Kritischen Schule verschrieben hat – und doch findet er seine gegenwärtige Position zweifellos verschieden von der ursprünglichen (S. 76). Pavarini führt das darauf zurück, daß er den akademischen Elfenbeinturm verließ und sich in der Kontrollpolitik „schmutzige Hände“ holte. Anstatt die Abschaffung des staatlichen Strafrechts zu fordern, müßten die gesellschaftlichen Voraussetzungen bedacht werden (politisch, ökonomisch, kulturell), um den Forderungen nach Sicherheit Genüge zu tun und dabei Kriminalisierung zu vermeiden. Das Verlangen nach Sicherheit habe die Züge einer sozialen Panik angenommen. Dem sei nur mit einer realistischen Herangehensweise zu begegnen (S. 85).

Sebastian Scheerer und Henner Hess verteidigen das Konzept s. K. und halten damit an ihrer früher bezogenen Position fest (beispielsweise in KrimJ 27, 1995, S. 120 – 133). Sie setzen auf eine Rettung durch Reformulierung. Die extreme Vieldeutigkeit des Begriffs wird konstatiert, einschließlich des Umstandes, daß sie immer schon konstatiert worden ist. Die Plädoyers für den Verzicht auf den Begriff werden zur Kenntnis genommen. Und gleichwohl verteidigen die Autoren das Konzept als „Schlüsselbegriff“ (S. 102), wie mißbraucht und kontaminiert immer es sei. Damit bleiben sie ihrer seit je in ihren deutschsprachigen Publikationen vertretenen Position treu. Nur eine stützende Theorie müsse dem Begriff beschafft werden. Wie wahr! Es stimmt ja: bloß neue Begriffe für alte Verhältnisse einzuführen, macht meist nicht mehr her als des Kaisers neue Kleider. Hess und Scheerer unternehmen einen Integrationsversuch, um das Konzept für die Analyse zu retten, ähnlich ihrer „konstruktivistischen Kriminalitätstheorie“ (KrimJ 30, 1997, S. 83 – 155); d. h. sie führen die starken Seiten bisheriger Theorien zusammen, ohne sich mit deren Schwächen lange aufzuhalten.

Das Buch lesend stellt man sich die Frage nach dem eigenen Selbstverständnis: Wie weit darf man sich auf die soziologische Theorettradition einlassen, um Kritischer Kriminologe bleiben zu dürfen? Es trifft schon zu, daß s. K. stark mit einem normativen Paradigma harmoniert, mithin das Parsonssche Erbe in der Gesellschaftsbetrachtung weitertransportiert. (Selbst wenn das in dem Begriff ursprünglich nicht so angelegt gewesen ist – Kontrolle kann auch unabhängig von Gesetzen und Instanzen gedacht und analysiert werden.) Der Begriff ist ebenso mit einem Konsensus- wie mit einem Konfliktmodell von Gesellschaft vereinbar. Was m. E. dafür spricht, den Begriff trotz seiner dogmengeschichtlichen Last beizubehalten: Nur unter Mühen und in Jahrzehnte wärender Arbeit ist es der Soziologie gelungen, einige tragfähige Brücken zu den Betrieben der Strafverfolgung, Zwangsanpassung und Normalisierung aufzubauen. Nun soll sie diese Brücken demolieren, indem sie die sprachlichen und gedanklichen Transferlinien klappt?

Die neunzigjährige Geschichte des Kontrollkonzepts hat sich v. a. in den Vereinigten Staaten abgespielt. Warum? Dort stoßen viele Normsysteme aufeinander, das nationale Rechtssystem hält sich zurück – die Supra-Idee einer s. K. konnte florieren. In Europa hingegen wird sie erst heute so richtig aktuell: die Einigung des alten Kontinents, die Öffnung nach Osten und die Immigration aus Afro-Asien – all das schafft eine Nachfrage nach metajuristischen Formen der sozialen Integration. Kein Wunder, daß kritische Kriminologen vorausschauend und sensibel reagieren. Ob allerdings der Seismograph das Erdbeben zu verhindern vermag?

Die Suche nach einer „Antwort der Linken“ (Sumner, S. 133) wirkt etwas verkrampt und unterstellt eine Konsensfähigkeit gerade dort, wo es so etwas nicht

geben kann. Die Utopie einer guten Gesellschaft und die Analyse der bestehenden Gesellschaft gehören zwar zusammen, aber sie reiben sich gehörig aneinander. Für Sumner darf s. K. nicht auf Assimilation und Integration bezogen sein, vielmehr muß sie die Ausgeschlossenen einbeziehen, die unterdrückten Anderen in den Spaltungen, welche die Welt durchziehen (S. 144 – 148). Das gipfelt in der Vision einer neuen moralischen Gesundheit (ebenda). Roberto Bergalli hingegen bleibt vorsichtiger; er konstatiert das Obsoletwerden der überkommenen Konzepte. Sein letztes Wort ist der Wunsch nach einer „Soziologie der sozialen Gerechtigkeit und Demokratie“ (S. 162). Alles klar?

Durchweg zu spüren ist in dem überaus sympathischen Buch ein demokratietheoretisches Fundament im Sinne normativer Politikwissenschaft. Bei einigen Autoren ist das an die Stelle früherer marxistischer Engagements getreten. Der Niedergang des Großen Bruders im Osten muß die Autoren erheblich irritiert haben, zumal neue Spaltungslinien noch nicht markiert sind. Ganz offensichtlich leben wir in einer Übergangsepoche, in einer Art von Niemandszeit des Dazwischens. Alte Ideen werden hervorgeholt, hin- und hergewendet – bis eines Tages etwas Neues die Gemüter und Geister polarisieren wird. Noch aber ist es nicht soweit.

Rüdiger Lautmann, Bremen